

Schutz des persönlichen Eigentums

Ausschaltung der Kriegsverbrecher und aktiv-nazistischen Elemente. Das ist der Sinn des Volksentscheids!

1. Das Eigentum aller ordentlichen Staatsbürger wird nicht angetastet, weder jetzt noch später.
2. Der Volksentscheid will keine gesellschaftliche Umwälzung, sondern allein die Sicherung des privaten Eigentums gegen alle künftigen Gefährdungen durch neue Kriege.
3. Der Volksentscheid ist eine Waffe zum Schutze des Aufbauwerkes aller demokratischen Kräfte.
4. In dieser Politik herrscht Einigkeit zwischen allen antifaschistisch-demokratischen Parteien und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund.

**Arbeitsausschuß
der antifaschistischen Parteien-Westsachsen**

SED gen. Trübke, Lohagen
CDUD gen. Roland, Rombke

LDPD gen. v. Stutterberg, Schiefer
FDGB gen. Pöhlitz, Kötze, Mewert

richtige Zusammenarbeit mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien zu pflegen. Unsere Parole heißt: Kein Einparteiensystem, aber Schluß mit der Spaltung der Arbeiterbewegung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront.“

Diese Linie der Blockpolitik wird von der SED konsequent fortgesetzt und kommt nicht nur in gemeinsamen politischen Erklärungen zum Ausdruck, sondern in der gesamten Politik. So sind zu den verschiedenen Fragen Ernährung, Ernte, Volkssolidarität, Volksentscheid in Sachsen gemeinsame Aufrufe erlassen und gemeinsame Aktionen eingeleitet worden. Die Praxis hat bewiesen, daß überall dort die größten Erfolge erzielt wurden, wo die Blockpolitik auch in der praktischen Arbeit, bei der Durchführung der verschiedenen Aktionen eingehalten wurde. Die beispielgebenden Erfolge der Volkssolidarität in Sachsen sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß es gelang, durch den Block wirklich breite Volksschichten und alle aufbauwilligen Kräfte zu mobilisieren. Oder wäre etwa der Volksentscheid in Sachsen möglich gewesen ohne eine wirkliche Blockpolitik? Die Enteignung der Kriegsinteressenten und Kriegsverbrecher ist Angelegenheit des ganzen Volkes, und darum mußte auch das ganze Volk durch alle demokratischen Parteien zur Entscheidung aufgerufen werden.

Während aber im zentralen und auch im Landesmaßstab die Blockpolitik konsequent durchgeführt wird, gibt es unten in den Orten und Kreisen noch genug Genossen — und es sind nicht die schlechtesten —, die zwar theoretisch der Einheitsfront der demokratischen Parteien zustimmen, in ihrer praktischen Tagesarbeit aber die Organisation der Zusammenarbeit versäumen. Sie arbeiten unermüdlich, aber die SED bleibt häufig die alleinige Trägerin

gemeinsam beschlossener Aktionen. Das hat zur Folge, daß wir die ganze Arbeit machen — die anderen aber schauen zu und kritisieren. Wir sind natürlich nicht gegen Kritik, aber in erster Linie geht es doch darum, alle Kräfte für den Neuaufbau und für die Mitarbeit zu mobilisieren.

Es genügt auch nicht, wenn sich die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien auf die Sitzungen der Gemeindevertretungen oder evtl. noch auf die Gemeindearbeit beschränkt. Es ist vielmehr notwendig, eine enge Zusammenarbeit auf allen Gebieten des Neaufbaues der Wirtschaft und der Demokratisierung des ganzen Lebens zu erreichen. Dabei wird sich zeigen, wer wirklich als Antifaschist mitarbeitet und wer sich nur mit schönen Worten tarnt.

Es gibt auch manche Genossen, die von der Blockpolitik mit einem Augenzwinkern sprechen und der Meinung sind, es handle sich dabei lediglich um eine taktische Frage. Eine solche Ansicht ist falsch und gefährlich, weil sie einer Massenmobilisierung den Weg versperrt. So kommt es z. B. vor, daß in manchen Gemeinden, wo die beiden anderen demokratischen Parteien, CDU oder LDP, erst in jüngster Vergangenheit ihre Organisationen schufen, sämtliche Stellen der Gemeindeverwaltung in den Händen der SED liegen, weil sie zur Zeit der Schaffung der Gemeindeverwaltung als einzige demokratische Partei (damals KPD und SPD) eben alle Stellen besetzte. Aber heute wollen die Genossen manchmal nicht verstehen, daß es im Interesse der Sache, des Aufbaues liegt, die nebenstehenden Parteien auch in die Gemeindeverwaltungen einzubeziehen und ihnen verantwortliche Arbeit zu übertragen.

Eine weitere Schwäche liegt darin, daß zwar manchmal gemeinsame Aktionen beschlossen werden, daß aber in den Kreisen und Orten die praktische Organisation und Werbearbeit allein der SED überlassen bleibt. Das war nicht selten während der Kampagne zum Volksentscheid in Sachsen der Fall, so daß mancherorts der Eindruck entstehen konnte, der Volksentscheid sei nur die Sache der SED. Wurden z. B. in allen Orten, wo mehrere Blockparteien existierten, gemeinsame Agitationsgruppen und Klebekolonnen gebildet? Wurde eine gemeinsame Hausagitation durchgeführt? Keineswegs. Von einer wirklich guten Blockpolitik kann erst dann die Rede sein, wenn nicht nur gemeinsame Aktionen beschlossen und gemeinsame Versammlungen abgehalten werden, sondern wenn auch die ganze praktische Arbeit gemeinsam durchgeführt wird. So kann in jedem Ort eine feste antifaschistische Einheitsfront geschaffen werden. Um das zu erreichen, ist es notwendig, daß in jedem Ort auch ein Organ der Einheitsfront existiert (Einheitsausschuß, Aktionsausschuß, Arbeitsausschuß oder wie er sonst heißen mag), das ständig und auf längere Sicht die gemeinsame Arbeit planmäßig vorbereitet und ihre Durchführung organisiert; z. B. Sicherung der Ernte, Unterbringung und Fürsorge für die Umsiedler und Heimkehrer, Erfüllung des Wirtschaftsplanes der Industrie, Volkssolidarität usw. Dadurch wird auch der Zustand geändert werden, den man jetzt noch häufig in den Orten antrifft, daß die Ortsgruppen der CDU und der LDP zwar die gemeinsamen Aufrufe der Parteien zur Kenntnis nehmen, sich aber im übrigen passiv und oft sogar feindlich zur Zusammenarbeit verhalten.

An unseren G rundauf Fassungen über Blockpolitik werden auch die kommenden Wahlen nichts ändern. Die SED hat nicht das geringste Interesse daran, daß durch die Entfaltung eines kleinteiligen Wahlkampfes und Partei-haders der Neuaufbau der Wirtschaft, die Sicherung der Ernte und die gesamte Arbeit leidet. Die Wahlkampagne wird die Stellung, Ziele und Programme der einzelnen Parteien klarstellen, aber sie soll gleichzeitig dazu dienen, die großen Volksmassen zur Mitarbeit am demokratischen Neuaufbau zu gewinnen.

DöllingE.